

Pressekonferenz:

„Ablasshandel mit CO₂ Zertifikaten“?

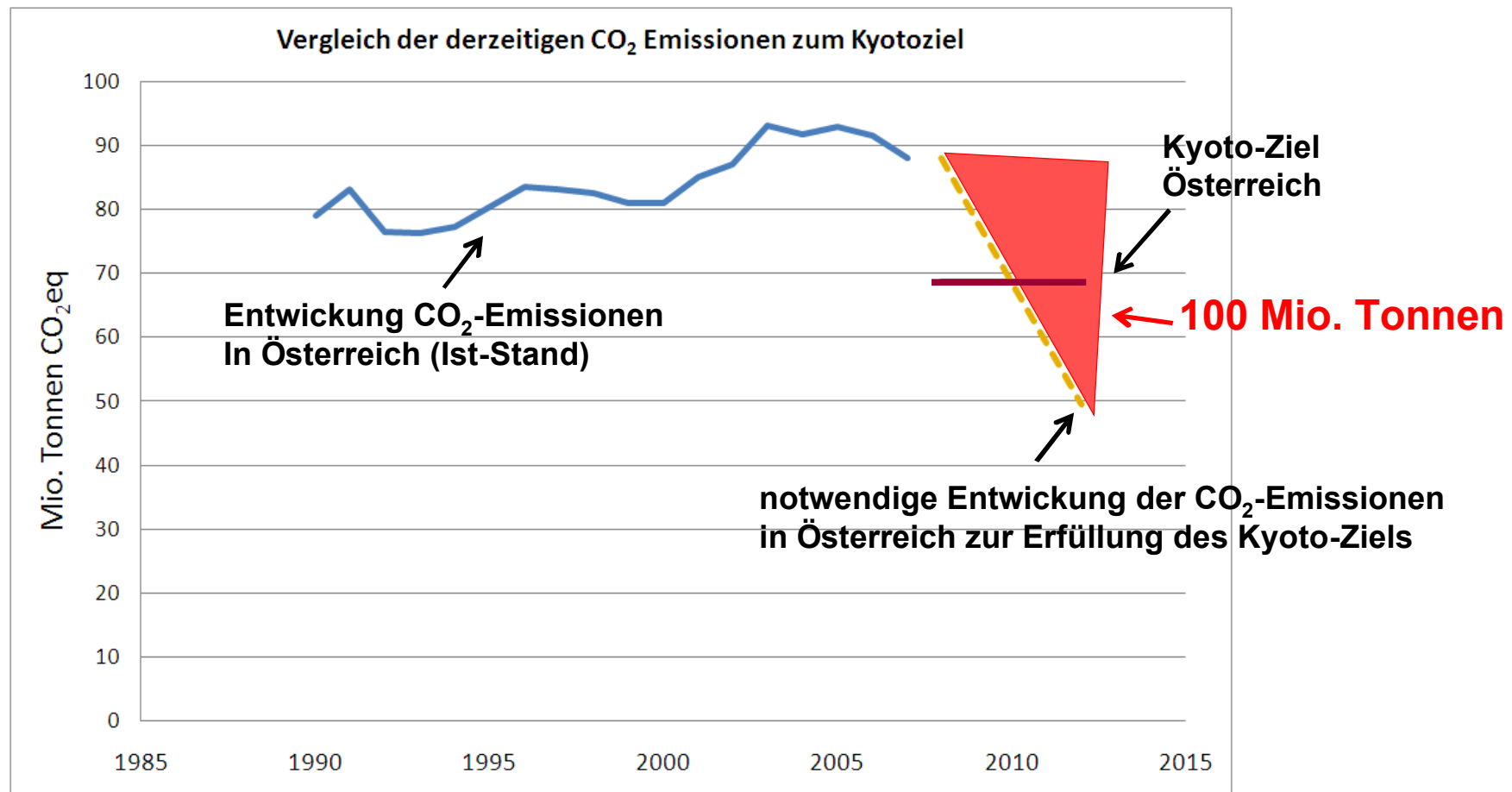
15. Oktober 2009

Raiffeisen-Leasing GmbH
1020 Wien, Hollandstraße 11-13
Tel.: +43 1 71601-0
Fax: +43 1 71601-8029
www.raiffeisen-leasing.at

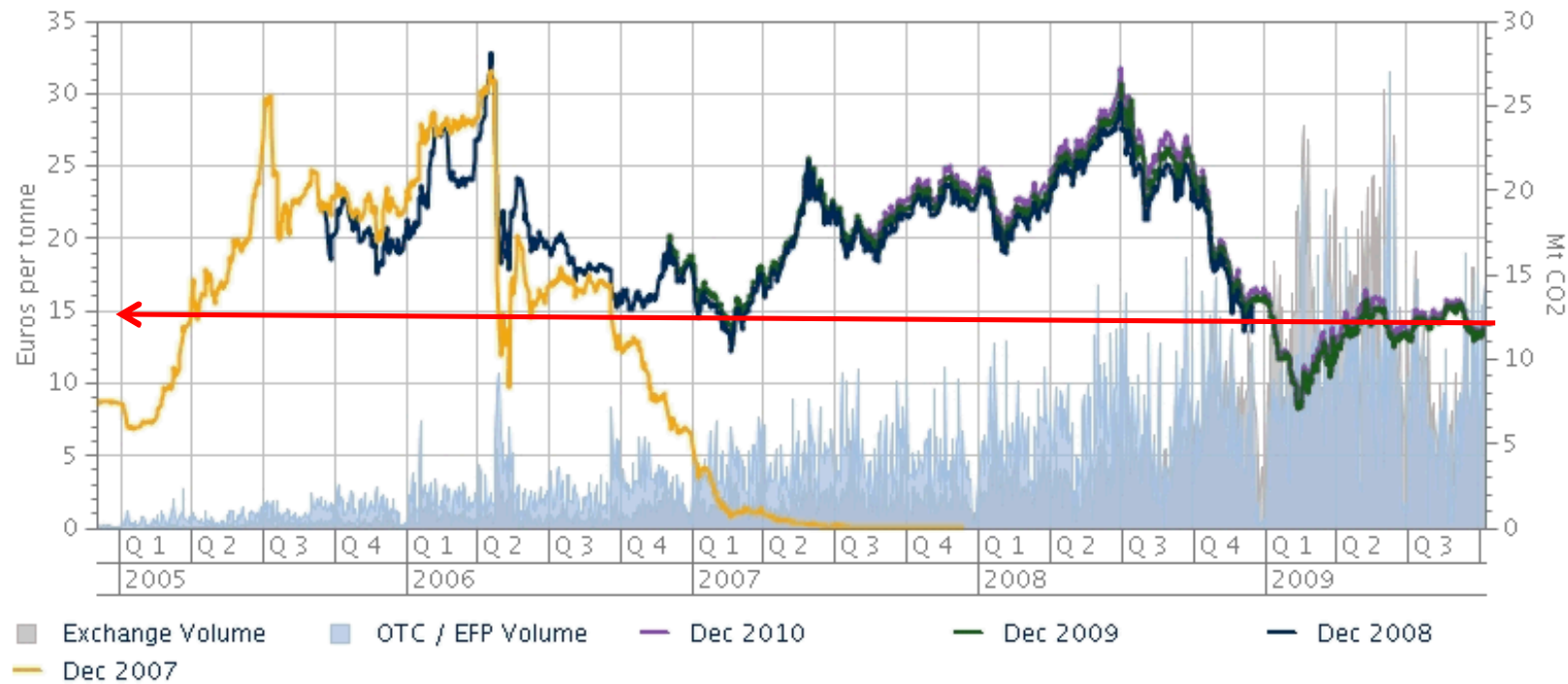
Österreichische Emissionsbilanz 2007

	Mio. Tonnen CO ₂ e		% -Veränd. 2007/1990
	1990	2007	
Raumwärme & so. Kleinverbrauch	14,9	11,1	-25,5
Energieaufbringung	13,7	14,0	+2,1
Verkehr	12,8	24,3	+89,8
Industrie & prod. Gewerbe	22,3	25,6	+14,8
Landwirtschaft	9,1	7,9	-13,2
Sonstige	6,1	5,1	-16,4
Insgesamt	78,9	88,0	+11,5

Die österreichische Situation



Preise für EU Allowances (EUAs) 2005 - 2009



Quelle: Point Carbon, 12.10.2009

Die österreichischen „Sündenfälle“ der Klima- und Energiepolitik (1)

- Das aktuelle Ökostromgesetz setzt keinen ausreichenden Anreiz, den Anteil erneuerbarer Energien EU-konform auf 34 % auszubauen
- Die österreichischen Überlegungen zu Strategien (Klima, Energie) kommen über den Status der Auflistung von Potenzialen und wünschenswerten Maßnahmen kaum hinaus
- Strategische Maßzahlen erschöpfen sich meist in kurzfristiger Effizienz: derzeitiger Erzeugungspreis, kurzfristige CO₂-Einsparung pro Euro
- Das Potenzial von Maßnahmen wird nicht oder zu wenig zielgerichtet genutzt (z.B. Verschrottungsprämie ohne Effizienzkriterium)

Die österreichischen „Sündenfälle“ der Klima- und Energiepolitik (2)

- Beschlossene Infrastrukturmaßnahmen (Konjunkturpaket) im Bereich der Großprojekte unterstützen kaum österreichische Wertschöpfung
 - WIFO zeigt, dass 1 Mrd. Euro Investition in Tiefbau 7.800 Arbeitsplätze generiert, aber in thermischer Sanierung 13.600!
- Wertvolle Steuerungsmaßnahmen werden nicht eingesetzt, der Anteil an Energie-/Ökosteuern am Gesamtaufkommen liegt deutlich unter europäischem Schnitt
 - Derzeit auf ca. 6 %
 - Noch keine Bewegung in Richtung CO₂-Steuer
 - Treibstoffe in Österreich im Verhältnis zum Warenkorb billig

Forderungen an die Politik

- Eine klare und kommunizierbare Energie-Vision ist gefordert!
- Ökostromgesetz benötigt Planparkeit, ausreichende Einspeisetarife und Investitionssicherheit; „Windhundprinzip“ muss beendet werden
- „Nicht kleckern, sondern klotzen“: Förderung für thermische Sanierung war nur Tropfen auf dem heißen Stein
- Aufkommensneutrale CO₂-Steuer soll für Nicht-ETS-Bereich wie auch in anderen EU-Ländern (Schweden, Finnland, Dänemark, Slowenien, Frankreich) eingeführt werden
- Um Atomstrom zu vermeiden, wird ein Ökostromgesetz mit verbindlichen, engagierten Ausbauzielen benötigt
- „Domestic Joint Implementation“ hilft der heimischen Wirtschaft